

Stellungnahme von Aplerbeck macht mobil e.V. zum Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des MRVG, Drucksache 13/608:

Am 21.11. des letzten Jahres hat uns Frau Ministerin Birgit Fischer den Forensik-Standort Dortmund-Aplerbeck aufdiktiert. Eine Standortentscheidung, die ohne Absprache mit der Kommune und vor allem ohne Einvernehmen mit den vielen tausend betroffenen Bürgern des Dortmunder Südostens und der angrenzenden Gemeinden getroffen worden ist.

Noch am Tage der Bekanntgabe der Standortentscheidungen beeilte sich Frau Ministerin Fischer mitzuteilen, dass durch gezielte Informationen der Bevölkerung deren Ängste ernst genommen und abgebaut werden sollen. Leider ist dies bis heute bis auf einen völlig unzureichenden Auftritt der Ministerin am 4.12.2000 in Dortmund, der durch Ihre Ignoranz gegenüber den berechtigten Ängsten der Bürger und durch ein Höchstmass an Unkenntnis über die Standortsituation in Dortmund-Aplerbeck geprägt war, nicht geschehen. So war der Ministerin offenbar nicht bekannt, dass sich in unmittelbarer Nähe eine Kinder- und Jugendpsychiatrie im Aufbau befindet, in der unter anderem sexuell missbrauchte Kinder therapiert werden sollen.

Hier zeigt sich unserer Ansicht nach ein entscheidender Fehler im neuen Maßregelvollzugsgesetz. Anstatt dass ein Standort einer Kommune und ihren Bürgern aufdiktiert wird, fordern wir stets bei Standortentscheidungen eine einvernehmliche Lösung zwischen Landesregierung und Kommune. Nur so kann die gewünschte und erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden. Denn im Entscheidungsprozess geht es nicht nur um die Durchsetzbarkeit politischer Ziele, sondern vor allem auch um die Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern.

Darum muss „Sicherheit vor Therapie“ stehen und nicht Sicherheit neben Therapie. Wir begrüßen daher grundsätzlich die Gesetzesinitiative der NRW-CDU.

Das Motto des Initiativkreises für den Maßregelvollzug „Sicherheit durch Therapie“ stellt dagegen nach unserer Auffassung eine äußerst gefährliche Generalisierung des Problems dar. Denn in der Umsetzung vor Ort sieht dies so aus: Errichtung der Forensik mitten in einem intakten Wohngebiet, keine besonderen Ausgangsregelungen für Gewalttäter, „deliktrelevante Reize“ (O-Ton LWL) im direkten Umfeld der Klinik. Die dann noch „höchstmögliche“ Sicherheit definiert sich allenfalls noch über die Höhe der Mauern.

Sicherheit bedeutet für uns aber nicht nur hohe Mauern und lückenlose Überwachung der Forensikstrafäter innerhalb der Klinik, sondern vor allem eine gravierende Änderung von derzeit bestehenden, unserer Ansicht nach nur unzureichenden Standards im Umgang mit Forensikstrafätern.

Die Bürger werden im Glauben gelassen, je besser die baulichen Sicherheitsvorkehrungen, desto geringer das Risiko;

nochmals, nicht die Höhe der Mauern ist für unsere Sicherheit entscheidend, sondern eine qualifizierte Ausbildung von Forensik-Personal (Ärzte, Pflegepersonal, Psychologen ...), ein optimaler Personalschlüssel, die Schaffung von Qualitätsstandards bei Gutachten, Sicherheitsvorkehrungen und Arbeitsweisen in Bezug auf Therapie und Lockerungsmaßnahmen.



Diese Bedingungen sollten an allen Forensikkliniken gleich sein:

So fordern wir

- die gesetzliche Verankerung und finanzielle Absicherung der ambulanten Nachsorge,
- den Aufbau von long stay units, d.h. die Trennung therapieunwilliger von therapierbaren Patienten und damit Schaffung zusätzlicher Therapieplätze, indem die Blockierung von Therapieplätzen durch therapieunwillige wegfällt. Die aktuelle Entwicklung im Fall Schmökel zeigt, dass es derzeit noch keine geeignete Unterbringungs-möglichkeit für diese Tätergruppe gibt!
- vor allem fordern wir aber im Umfeld einer forensischen Klinik den 1:1 Ausgang für Gewalt- und Sexualstraftäter. Dies wäre eine entscheidende Maßnahme zur Schaffung von Akzeptanz und zur Risikoentzerrung in den Standortgemeinden.

Um noch einmal auf die Standortentscheidung von Frau Ministerin Fischer und im konkreten Fall auf Dortmund-Aplerbeck zurückzukommen – wir halten diese Standortwahl für eine fatale Fehlentscheidung:

Es droht durch das Andocken an eine bestehende, gut funktionierende und in der Bevölkerung breit akzeptierte Allgemeinpsychiatrie ein zwangsläufiger, gravierender Imageverlust und womöglich auch das Aus für Teile des differenzierten Therapieangebotes.

Des weiteren würde eine fatale Gleichsetzung von psychisch Kranken und psychisch kranken Straftätern die Folge sein. Gerade aus diesem Grunde haben sich die ärztliche Leitung, die Mehrheit des Klinik-Personals und zahlreiche Patienten des WZPPP gegen die geplante Forensikklinik ausgesprochen. Außerdem muß die Angstfreiheit von Patienten sowohl der Allgemeinpsychiatrie als auch der Kinder- und Jugendpsychiatrie gewährleistet sein. Dies wäre neben einer Forensik nicht mehr der Fall.

Weiter besteht eine unzumutbare Nähe zur direkten Wohnbevölkerung. Schließlich muß nach der Sinnhaftigkeit einer geplanten forensischen Einrichtung mit nur 54 Plätzen gefragt werden, wenn für den Landgerichtsbezirk Dortmund doch ein errechneter Bedarf von 120 Plätzen besteht. Sollte hier nicht unter Einbeziehung von Kommune und Bürgerschaft ein vollständiger Neuaufbau an geeigneter und akzeptierter Stelle erfolgen?

Fazit: Die Entscheidung von Frau Ministerin Fischer, den einzelnen Kommunen und den betroffenen Bürgern einen Forensik-Standort aufzudiktieren, stellt ein Höchstmaß an undemokratischen Verhalten dar und ist mit allen Nachdruck zurückweisen.

Ein Gesetz, welches solchem undemokratischen Verhalten Vorschub leistet und welches nicht die Sicherheit der Bevölkerung in den Vordergrund stellt, lehnen wir entschieden ab.

gez. Dr. Thomas Reinbold
Vorstandsmitglied
Aplerbeck macht mobil e.V.